

Spandauer Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amtesliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags

mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage.
Verlagsstelle Berlin-Spandau, Neuenborner Straße 101.
Necurus Alle Anschläge unter Sammelnummer 4071.



Regelmäßige Beilagen.

Wöchentlich: „Spand. Anzeig. Zeitung“ — „Spand. Roman Zeitung“ — „Die Frau und ihre Welt“ — „Der Kleinrentner“
14 täglich: „Techn. Rundschau“ „Kleinrentner“ „Wirtschafts-Verkehr“

Verlagspreis: Wöchentlich 40 Pf. und 5 Pfennig für Postlohn. Beim Bezug durch die Postanstalten für den Monat 2 Mark auschl. Postlohn. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik oder Ausperrung hat der Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Schräuth & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno D. Nahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Eichenbach, für Anzeigen Bruno D. N. Sander, beide Spandau

Anzeigenpreise: Die sechsseitige Solonseite oder deren Raum 26 Pf., die dreiseitige Seite 1,20 Pf., die Zeilenspalte 20 Pf., für das Laufend, die Orlertenged. bähr 80 Pf. — Für das Erhalten von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen wird keine Gebühr übernommen. — Bankkonten: Sparkassen- und Nationalbank, Deutsche Bank Spandau, Internationale Handelsbank Spandau, Spandauer Bank, G. M. D., Spandau, — Postfach, Konto: Berlin N. 3. 7. Nr. 1707.

Nummer 39 *

Montag, 16. Februar 1931.

38. Jahrgang.

Ostfiedlung als Osthilfe.

Von Dr. Hans Förner,

Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin.

Die Notwendigkeit der Ostfiedlung wird in fast allen Lagern einmütig anerkannt. Strittig sind nur die Fragen der Siedlungsform, des Siedlungsausschusses und Siedlungstempos; ungeklärt ist weiter die Frage, ob die Siedlung allein genügt, um die Notlage in der östlichen Landwirtschaft zu bessern. Um gleich zu der letzten Frage Stellung zu nehmen: sicher ist, daß eine dichtere Besiedlung des Ostens, eine Verstärkung der bäuerlichen Bevölkerung mit allen sich daraus ergebenden Folgeerscheinungen die wirtschaftliche Lage des Ostens erheblich verbessern würde. Ebenso sicher ist aber, daß diese dichtere Besiedlung und ihre wirtschaftlichen Folgeerscheinungen lange Zeitspannen zu ihrer Auswirkung brauchen. Wir können also eine schnelle wirtschaftliche Besserung im Osten von der Siedlung allein kaum erwarten, selbst wenn wir es erreichten, das Siedlungsausschuss erheblich zu steigern und zweckmäßig zu fiedeln.

Das Schaffen von Siedlerstellen allein ist noch keine Lösung der Ostfrage und auch noch nicht eine Lösung der Siedlungsfrage. Das Entscheidende ist, daß die geschaffenen Siedlerstellen auch wirtschaftlich lebensfähig sind. Für die Lebensfähigkeit der Siedler im Osten sind aber zwei Voraussetzungen notwendig. Die erste, daß die Preisverhältnisse zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugnispreisen und den Erzeugungsmittelpreisen eine Spannung aufweisen, die rationelles Wirtschaften ermöglicht, die zweite, daß die Siedlerstellen so angelegt werden, daß ein rationelles Wirtschaften möglich ist.

Bei der Frage der Preisgestaltung stehen für die Siedler, wie für die bäuerliche Bevölkerung überhaupt, die Preise für Vieh und Vieherzeugnisse im Vordergrund. Entscheidend für die Wirtschaftlichkeit der Unternehmung ist dabei nicht die Höhe der Vieh- und Vieherzeugerpreise, sondern ihr Verhältnis zu den gesamten Erzeugungskosten, wie Dünger, käufliche Futtermittel, Maschinen und Geräte, Löhne, Abgaben, Lasten, Steuern, Versicherungen, Zinsen usw. Wenn es also nicht möglich oder zweckmäßig ist, zur Sicherung der Rentabilität der Betriebe die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in die Höhe zu setzen, so müssen die Kosten herabgesetzt werden durch eine Preisentlastung der Anfertiger und durch einen rationelleren Einsatz im Betriebe. Auf dem Wege des Abbaues der Unkosten ist vorerst noch viel zu wenig geschehen, und doch ist es der wichtigste, der am sichersten zum Ziele führende und auf die Dauer wirksamste Weg zur Sicherung der Rentabilität der Landwirtschaft im Osten, der auf jeden Fall beschritten werden muß, wenn die Siedlung dort mit wirtschaftlichem Erfolge ausgebaut werden soll. Alle Maßnahmen, die in dieser Richtung zur Förderung der Siedlung getroffen werden, werden auch der gesamten Landwirtschaft zugute kommen.

Die zweite Voraussetzung für ein Gedeihen der Siedlung liegt in dem richtigen Ansehen der Siedler. Die Siedler müssen wesentlich billiger angesehen werden als bisher, sonst ist ihre wirtschaftliche Lebensfähigkeit gefährdet oder der Staat wird so durch Zuschüsse beansprucht, daß das notwendige Siedlungsausschuss nicht erreicht werden kann. Wenn wir billiger siedeln wollen, müssen wir anders bauen als bisher, und wir werden im Osten in den Gebieten, in denen nach Maßgabe der natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Getreidebau im Vordergrund stehen muß, auch in der Umfangsbemessung der Siedlungsstellen Veränderungen treffen müssen. Wir werden zu größeren Einheiten übergehen und stärker mechanisierte Betriebe schaffen müssen. Notwendig für das Gedeihen solcher Siedlungsstellen ist dann wieder eine entsprechende Schulung der Siedler.

Wir haben im Osten billiges Land oder könnten es haben, wir haben billige Baustoffe, wir haben überschüssige Arbeitskraft, kurz alle Vorbedingungen für die Schaffung billiger Siedlungsstellen sind gegeben, sofern wir nur Wege der richtigen Organisation finden und die Menschen sich so einstellen, daß sie ihre Ansprüche an Wohnung und andere Gebäude auf ein Maß heruntersetzen, das den heutigen wirtschaftlichen Möglichkeiten angepaßt ist.

Zur allgemeinen Förderung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Osten scheint mir vor allem notwendig zu sein, durch Anlosterentlastung zu Preisverhältnissen zu kommen, die bei den augenblicklich bestehenden Lebensmittelpreisen der Landwirtschaft wirtschaftliche Lebensmöglichkeit geben. Durch eine zweckmäßigere Absatzgestaltung müßte es möglich sein, die Preise, die die Landwirte frei Gut für

Ende der Diktatur in Spanien.

Madrid, 16. Februar. Der Ministerrat hat am Sonntagabend, wie erwartet, den Rücktritt des Kabinetts Berenguer beschlossen. Der König hat dem Gesuch stattgegeben. Vorher aber hatte der Monarch noch eine Verordnung unterzeichnet, welche die Anberaumung der Wahlen für den 1. März rückgängig macht.

Die Lage ist dadurch plötzlich ins Rollen gekommen, daß die beiden Führer der monarchisch-liberalen Parteien, Graf Romanones und Marquis Alhucemas, öffentlich erklärten, ihre Tätigkeit in dem neuen zu wählenden Parlament darauf beschränken zu müssen, sofort den Antrag auf Wiederauflösung des Parlaments zu stellen und sofortige Neuwahlen zur verfassunggebenden Cortes zu beantragen. Nur um den parlamentarischen Gedanken nicht zu schädigen, seien sie überhaupt gewillt, sich an den jetzt bevorstehenden Wahlen zu beteiligen. Der Hauptzweck sei, die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung herbeizuführen, aus welchem Grunde das im März zu wählende Parlament sofort wieder aufgelöst werden müßte. Sie seien der Meinung, so heißt es in der Erklärung weiter, daß die ersten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen Spaniens nicht ohne die Unterstützung derjenigen politischen Parteien gelöst werden können, welche die Wahlbeteiligung ablehnen. Diese Erklärung ist der Regierung mitgeteilt worden.

Die beiden Führer sahen sich zu dieser Erklärung um so mehr veranlaßt, weil der Führer der Regionalisten in Barcelona, Cambó, in einem Telefongespräch mit dem Grafen Romanones diesem mitgeteilt hatte, daß durch eine unmittelbar bevorstehende Parteierklärung der Regionalistenliga die Regierung aufgefordert werden würde, sofort ihren Rücktritt einzureichen. Da diese Gruppen über die Hälfte des kommenden Parlaments ausmachen werden, wird es nur wenige Sitzungen abhalten können. Diese Tatsache schreift die Mehrheit der in Betracht kommenden Kandidaten ab, sich zur Wahl zu stellen. Dadurch wird die Durchführung der Wahlen auf das ernste gefährdet.

Bis zur Neubildung eines Kabinetts beauftragte König Alfonso die Regierung mit der Weiterführung der laufenden Angelegenheiten und nahm sogleich seine Besprechung mit den maßgebenden Parteiführern auf. Er empfing den Führer der Konservativen, Herzog von Maura, den Führer der Liberalen, Graf Romanones, und den Führer der Demokraten, Marquis Alhucemas. Da der König den Generalleutnant der Flotte Agnar telegraphisch nach Madrid beordert hat, vermutet man, daß der Admiral mit der Bildung der Regierung beauftragt werden soll, womit dann die Gruppe Romanones den Sieg davongetragen haben würde.

ihre Erzeugnisse erhalten, zu erhöhen, ohne den Verbraucher stärker zu belasten. Weiter müßte mit allen Mitteln der Aufklärung dafür gesorgt werden, daß insbesondere die bäuerlichen Betriebe des Ostens rationeller wirtschaften und so zu einer Unkostenentlastung in ihren Betrieben kommen, und schließlich muß an jedem einzelnen Unkostenposten der Betriebe, sei es Löhne, Soziallast, Steuer, Versicherung, Inventarunkosten, Dünger u. s. f., auf einen Preisabbau hingearbeitet werden. Wir müssen dazu kommen, daß sich das gesamte Preisbild der Wirtschaft auf die abgefallenen Agrarerzeugnisse einstellt, dann wird die Rentabilität der Landwirtschaft gestärkt und damit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die allgemeine wirtschaftliche Gesundung der deutschen Volkswirtschaft geschaffen. Dann kommen wir auch zu einer Preisgestaltung, die uns mit unseren Industrieerzeugnissen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig macht, wir kommen vor allem zu einer Preisgestaltung, die auf die Auslandsprodukte aller Art nicht eine solche Saugwirkung ausübt wie ein durch künstliche Preisbeeinflussung mit Hilfe von Kartellen, Trusten, Gewerkschaften, Schutzpolitik gewaltig und doch unzulänglich hochgehaltener Preisstand.

3000 Pergente verbrannt?

Die Bergwerksexplosion in Fushun.

London, 16. Februar. „Times“ meldet aus Peking: Während die südmandchurische Eisenbahngesellschaft in Abrede stellt, daß bei der kürzlich erfolgten Explosion im Fushunbezirk Menschenverluste zu beklagen waren, bleiben chinesische Pressemeldungen aus Muthen weiter der Meinung, daß mehr als dreitausend chinesische Bergleute und 30-40 japanische Obersteiger in den Flammen umgekommen seien, als die Direktion die Schließung des Schachtes anordnete, um die Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Ein Telegramm aus Manting besagt, daß das Innenministerium die Behörden von Muthen um Entsendung von Beamten zur Untersuchung der Vorfälle und zur Einleitung eines Hilfswerks für die Familien der Opfer ersucht hat.

In Madrid kam es gestern zu einer Kundgebung links eingestellter Elemente, als ein Automobil durch die Straßen fuhr, in dem die Witwe des wegen Teilnahme an dem Aufstandsversuch von Jaca erschossenen Hauptmanns Garcia Hernandez saß. Bei dieser Gelegenheit habe die Menge gerufen: „Nieder mit der Monarchie, Tod dem König! Es lebe die Republik!“ Ein mit Polizei besetzter Autozug wurde von der Menge mit Steinen beworfen. Bei dem dann folgenden Zusammenstoß wurden drei Personen verletzt.

In Barcelona fand eine Gewerkschaftsversammlung statt, in der folgende Forderungen angenommen wurden: 1. Freilassung aller politischen Gefangenen, 2. Anerkennung des gewerkschaftlichen Rechtes durch die Regierung, 3. Wiederherstellung aller verfassungsmäßigen Garantien, 4. Aufhebung des während der Diktatur eingeführten Strafrechtes, 5. Aufhebung des Gesetzes über die Arbeiterkorporationen.

Auf den Vorschlag der Bauarbeitergewerkschaft wurde eine Resolution angenommen, die den Gouverneur und die Gerichtsbehörden auffordert, innerhalb 72 Stunden die Verordnung über die Schließung der Gewerkschaften aufzugeben, andernfalls würden die Gewerkschaften die sich daraus ergebenden Schritte unternehmen.

Paris, 16. Februar. Der in Paris anwesende spanische Politiker Santiago Alba, der aufgefordert worden ist, nach Madrid zurückzukehren, um die Bildung des Kabinetts zu übernehmen, hat gestern Abend einem Vertreter der Agentur Havas mitgeteilt, er werde heute, Montagvormittag, eine Unterredung mit dem spanischen Botschafter in Paris, Quinones de Leon, haben und dann der Presse Erklärungen übermitteln. In Beantwortung einer Frage betonte Santiago Alba, es sei dringend notwendig, den König auf die Verordnungen aufmerksam zu machen, die in der traditionellen Politik der spanischen Monarchie vorgenommen werden müßten.

Loderung der Diktatur in Portugal?

Paris, 16. Februar. Wie Havas aus Lissabon meldet, soll in der ersten Märzhälfte dort eine große Versammlung von Vertretern der von der jetzigen Regierung geschaffenen Nationalpartei abgehalten werden, in der ein Meinungsaustausch über die politische Orientierung der Regierung vorgenommen und von dem neuen Verfassungsgesetz Kenntnis genommen werden soll. Nach dem Verfassungsgesetz werde die Regierung ein Wahlgesetz ausarbeiten, damit in diesem Jahre die Wahl der Verwaltungskörperschaften vorgenommen und damit die Mittel zur normalen verfassungsmäßigen Zustände eingeleitet werden könne.

Beginn des Leipziger Waffendiebstahlprozesses

Leipzig, 16. Februar. Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts begann heute der Prozeß wegen des Leipziger Waffendiebstahls. Die Angeklagten begrüßten ihre Gefinnungsgenossen beim Betreten des Gerichtssaales zum Teil mit Horzront-Rufen. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Löwenthal erklärte, den Vorliegenden, Reichsgerichtsrat Schmitz, wegen Befangenheit ablehnen zu müssen, da dieser angeblich mit der SEDW. sympathisiere. Der Senat zog sich zur Beratung über den Ablehnungsantrag zurück.

Nach Abschluß der Zwischenberatung im Leipziger Waffendiebstahlprozeß übernahm Reichsgerichtsrat Dr. Coenders den Vorsitz und gab bekannt, daß sich Reichsgerichtsrat Schmitz zu dem Ablehnungsantrag im wesentlichen wie folgt geäußert habe: „Ich halte mich nicht für befangen. Die tatsächlichen Behauptungen, auf die sich das mich betreffende Ablehnungsgesuch stützt, sind falsch. Irgendwelche Sympathien für die SEDW. habe ich niemals gehabt und stehe ihr innerlich wie äußerlich vollkommen fern.“ Nachdem der Vorsitzende ferner darauf hingewiesen hatte, daß auch die Reichsregierung zu den Mitteilungen über Reichsgerichtsrat Schmitz Stellung genommen und sie als falsch bezeichnet habe, zog Rechtsanwalt Dr. Löwenthal den Ablehnungsantrag zurück.

Sawinenunglück.

Garmisch-Partenkirchen, 16. Februar. Am Steppberg verschüttete gestern eine Lawine fünf Skifahrer. Ein Malermeister aus Garmisch wurde tot geborgen, die anderen sind am Leben geblieben.

Der Schaden der Erdbebenkatastrophe.

London, 16. Februar. Einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Wellington zufolge haben Architekten und Baumeister auf einer Konferenz den an den Gebäuden in Hastings und Napier angerichteten Schaden auf zehn Millionen Pfund Sterling (200 Millionen Mark) geschätzt. Davon entfallen neun Millionen auf Geschäftshäuser und eine halbe Million auf Wohnhäuser. Waren, Mobiliar usw. sind nicht eingeschätzt.